

1970	Ausgegeben zu Bonn am 30. Dezember 1970	Nr. 67
Tag	Inhalt	Seite
23. 12. 70	Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifrnr. 22.05 aus Algerien	1369
9. 12. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907	1370
9. 12. 70	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Ratsbeschlusses der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Annahme von Strahlenschutznormen für Uhren mit radioaktiven Leuchtstoffen	1371
9. 12. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehemüllens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen	1372
9. 12. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	1373
15. 12. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen	1374
15. 12. 70	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über das Carnet A.T.A. für die vorübergehende Einfuhr von Waren	1374
22. 12. 70	Bekanntmachung des Abkommens über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien	1375

**Siebente Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifrnr. 22.05
aus Algerien**

Vom 23. Dezember 1970

Auf Grund des § 77 Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe b des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 529) wird verordnet:

§ 1

In der Anlage zu § 1 der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifrnr. 22.05 aus Algerien vom 11. September 1968 (Bundesgesetzblatt II S. 854), zuletzt geändert durch die Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifrnr. 22.05 aus Algerien vom 12. Oktober 1970 (Bundesgesetzblatt II S. 1041), werden die Anmerkungen 1 und 2 mit Wirkung vom 1. September 1970 wie folgt geändert:

1. In der Anmerkung 1 (Wein aus Absatz B-I-b usw.) wird die Angabe „350 000 hl vom 1. Januar 1969 bis 31. Oktober 1970“ ersetzt durch: „380 000 hl vom 1. Januar 1969 bis 31. Dezember 1970“.
2. In der Anmerkung 2 (Wein aus den Absätzen B-I-b usw.) wird die Angabe „200 000 hl vom 15. September 1968 bis 31. Oktober 1970“ ersetzt durch: „217 000 hl vom 15. September 1968 bis 31. Dezember 1970“.

§ 2

Die in der Anmerkung 2 der Anlage zu § 1 der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifrnr. 22.05 aus Algerien vom 11. September 1968 in der Fassung der Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festsetzung von Zollsätzen für Waren der Tarifrnr. 22.05 aus Algerien vom 10. März 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 114) festgesetzten Zollsätze werden im Rahmen der Kontingentsmenge auf Antrag auch für die dort bezeichneten Waren angewendet, die in der Zeit nach Erschöpfung der bisher festgesetzten Kontingentsmenge bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung zum freien Verkehr abgefertigt und die nachweislich zu dem jeweils begünstigten Zweck verwendet worden sind.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 23. Dezember 1970

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Dr. Reischl

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle
vom 18. Oktober 1907**

Vom 9. Dezember 1970

Das am 18. Oktober 1907 in Den Haag unterzeichnete Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle (Reichsgesetzbl. 1910 S. 5) tritt nach seinem Artikel 95 für

Swasiland am 25. Dezember 1970
in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Oktober 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1066).

Bonn, den 9. Dezember 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Ratsbeschlusses
der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
über die Annahme von Strahlenschutznormen
für Uhren mit radioaktiven Leuchtfarben**

Vom 9. Dezember 1970

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Juli 1969 zu dem Ratsbeschuß vom 19. Juli 1966 über die Annahme von Strahlenschutznormen für Uhren mit radioaktiven Leuchtfarben (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1309) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Ratsbeschuß für die

Bundesrepublik Deutschland am 9. Januar 1970
in Kraft getreten ist.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 9. Januar 1970 beim Generalsekretär der OECD in Paris hinterlegt worden.

Der Beschluß ist für die übrigen Mitgliedstaaten der OECD mit Ausnahme Finnlands, das der Organisation erst später, dem Beschluß bisher nicht beigetreten ist, ebenfalls am 9. Januar 1970 in Kraft getreten. Er fand auf sie auf Grund des Artikels 6 Abs. 3 des Übereinkommens vom 14. Dezember 1960 über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1150) ab 24. Januar 1967 vorläufig Anwendung.

Die Vereinigten Staaten haben bei der Beschlußfassung die nachfolgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

"The United States finds that the IAEA ENEA draft entitled 'Radiation Protection Standards for Radioluminous Timepieces' is, in general, consistent with the United States Atomic Energy Regulations and with United States manufacturing practices as they relate to the use of tritium in timepieces. However, United States regulations at this time do not permit the manufacture or sale of timepieces in which promethium 147 is used. The United States therefore concurs in the application of the standards with the afore-mentioned reservation regarding the use of promethium 147. Any modification of U.S. regulations in this respect will be immediately brought to the attention of those concerned."

„Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, daß der Entwurf der IAEA ENEA mit dem Titel 'Strahlenschutznormen für Uhren mit radioaktiven Leuchtfarben' den Atomenergievorschriften der Vereinigten Staaten und den amerikanischen Herstellungsverfahren, soweit sie sich auf die Verwendung von Tritium bei Uhren beziehen, im allgemeinen entspricht. Jedoch gestatten die Vorschriften der Vereinigten Staaten gegenwärtig nicht die Herstellung oder den Verkauf von Uhren, bei denen Promethium 147 verwendet wird. Die Vereinigten Staaten stimmen daher der Anwendung der Normen mit dem obigen Vorbehalt hinsichtlich der Verwendung von Promethium 147 zu. Etwaige Änderungen der diesbezüglichen Vorschriften der Vereinigten Staaten werden den Beteiligten sofort mitgeteilt.“

Bonn, den 9. Dezember 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erklärung des Ehemillens, das Heiratsmindestalter
und die Registrierung von Eheschließungen**

Vom 9. Dezember 1970

Das Übereinkommen vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehemillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 161) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

das Vereinigte Königreich,

die Assoziierten Staaten

(Antigua, Dominica, Grenada, St. Christoph-
Nevis-Anguilla, Santa Lucia und St. Vincent!),

die Territorien unter der Gebietshoheit

des Vereinigten Königreichs sowie für

Brunei

am 7. Oktober 1970

mit dem Vorbehalt in Kraft getreten, daß sich die Regierung des Vereinigten Königreichs das Recht vorbehält, die Anwendung des Artikels 2 des Übereinkommens in Montserrat zu verschieben, bis dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert wird, daß dieser Artikel dort angewendet wird.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat erklärt, daß sie davon ausgeht, daß

(Übersetzung)

- | | |
|---|--|
| <p>a) paragraph (1) of Article 1, and the second sentence of Article 2, of the Convention are concerned with entry into marriage under the laws of a State Party and not with the recognition under the laws of one State or territory of the validity of marriages contracted under the laws of another State or territory, nor is paragraph (1) of Article 1 applicable to marriages by cohabitation with habit and repute under the law of Scotland; and</p> | <p>a) Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 2 Satz 2 des Übereinkommens die Eheschließung nach den Gesetzen eines Vertragsstaates und nicht die Anerkennung der Gültigkeit von nach den Gesetzen eines Staates oder Territoriums geschlossenen Ehen nach den Gesetzen eines anderen Staates oder Territoriums betrifft und daß Artikel 1 Absatz 1 keine Anwendung findet auf Ehen nach schottischem Recht, die sich auf gewohnheitsmäßiges und allgemein bekanntes Zusammenleben gründen;</p> |
| <p>b) paragraph (2) of Article 1 does not require legislative provision to be made, where no such legislation already exists, for marriages to be contracted in the absence of one of the parties.</p> | <p>b) Artikel 1 Absatz 2 nicht erfordert, daß Rechtsvorschriften für eine Eheschließung in Abwesenheit eines Partners erlassen werden, wenn derartige Rechtsvorschriften nicht bereits bestehen.</p> |

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat ferner erklärt,

(Übersetzung)

that the provisions of the Convention shall not apply to Southern Rhodesia unless and until the Government of the United King-

daß das Übereinkommen nicht für Südrhodesien gelten soll, solange und sofern nicht die Regierung des Vereinigten Königreichs dem Ge-

dom inform the Secretary-General that they are in a position to ensure that the obligations imposed by the Convention in respect of that territory can be fully implemented.

neralsekretär mitteilt, daß sie in der Lage ist zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen des Übereinkommens hinsichtlich jenes Territoriums voll erfüllt werden können.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. März 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 191).

Bonn, den 9. Dezember 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 9. Dezember 1970

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für Dahome am 6. Juli 1970 in Kraft getreten.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Dahome nach Artikel I Abschnitt B Abs. 2 des am 28. Juli 1951 in Genf unterzeichneten Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge erklärt, daß die durch Notifikation der Nachfolge vom 4. April 1962 übernommenen Verpflichtungen durch die Annahme der Formulierung des Artikels I Abschnitt B Abs. 1 Buchstabe b erweitert worden sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. September 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1044).

Bonn, den 9. Dezember 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren,
die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen
ausgestellt oder verwendet werden sollen

Vom 15. Dezember 1970

Das Zollübereinkommen vom 8. Juni 1961 über Erleichterungen für die Einfuhr von Waren, die auf Ausstellungen, Messen, Kongressen oder ähnlichen Veranstaltungen ausgestellt oder verwendet werden sollen (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 745), ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Polen am 19. Oktober 1969
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. August 1968 (Bundesgesetzbl. II S. 848).

Bonn, den 15. Dezember 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über das Carnet A.T.A. für die vorübergehende Einfuhr von Waren

Vom 15. Dezember 1970

Das Zollübereinkommen vom 6. Dezember 1961 über das Carnet A.T.A. für die vorübergehende Einfuhr von Waren (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 948) ist nach seinem Artikel 21 Abs. 2 für:

Polen am 19. Oktober 1969
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. November 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1078).

Bonn, den 15. Dezember 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
des Abkommens über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

Vom 22. Dezember 1970

In Bonn ist am 28. Juli 1969 ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien unterzeichnet worden.

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 11

am 26. Januar 1970

in Kraft getreten; es wird mit dem Schriftwechsel vom 28. Juli 1969 nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. Dezember 1970

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

Abkommen
über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

Sporazum
o kulturnoj i naučnoj saradnji
između Savezne Republike Nemačke
i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije

DIE REGIERUNG DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REGIERUNG DER
SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK
JUGOSLAWIEN

VLADA SAVEZNE REPUBLIKE NEMAČKE

i

VLADA SOCIJALISTIČKE FEDERATIVNE REPUBLIKE
JUGOSLAVIJE

haben in dem Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf dem Gebiet der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaft zu fördern,

und in der Überzeugung, daß eine solche Zusammenarbeit zu besserem gegenseitigen Verstehen beitragen wird,

beschlossen, ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu schließen, und sind wie folgt übereingekommen:

u želji da unaprede saradnju između dve zemlje na polju kulture, prosvete i nauke,

uverene da će takva saradnja doprineti boljem uzajamnom razumevanju,

odlučile su da zaključe Sporazum o kulturnoj i naučnoj saradnji i saglasile su se:

Artikel 1

Zwecks Förderung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf dem Gebiet der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaft haben die Vertragsparteien folgendes vereinbart:

- 1) den Austausch und die Kontakte zwischen den Lehrkräften von Hochschulen und anderen Lehranstalten und Studenten, sowie die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und anderen Bildungsinstitutionen zu unterstützen und zu erleichtern;
- 2) die Zusammenarbeit zwischen Institutionen für fachliche und künstlerische Ausbildung zu fördern;
- 3) im Rahmen ihrer Möglichkeiten Stipendien bereitzustellen, um Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei die Spezialisierung oder an einen Studienabschluß anschließende Studien in entsprechenden Institutionen zu ermöglichen.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden die Bedingungen, unter denen von einer Universität oder einer sonstigen Hochschulinstitution des anderen Landes erlangte akademische Grade und Hochschulzeugnisse anerkannt werden können, sowie die Möglichkeiten prüfen, hierüber eine besondere Vereinbarung zu treffen.

Artikel 3

Zwecks Erleichterung des Studiums der Sprache der anderen Vertragspartei werden die Vertragspartner bemüht sein:

Član 1

U cilju unapredjenja saradnje između dve zemlje u oblasti kulture, prosvete i nauke Strane ugovornice sporazumele su se da učine sledeće:

- 1) pomažu i olakšavaju razmenu i kontakte između nastavnog osoblja visokih i drugih škola i studenata, kao i saradnju između univerziteta i drugih prosvetnih institucija;
- 2) unapređuju saradnju između institucija za stručno i umetničko obrazovanje;
- 3) obezbeđuju, u granicama svojih mogućnosti, stipendije koje bi omogućile državljanima druge Strane ugovornice specijalizacije ili postdiplomske studije na odgovarajućim institucijama.

Član 2

Strane ugovornice će razmotriti uslove pod kojim bi se mogli priznavati akademski stepeni i diplome univerziteta ili drugih institucija za visoko obrazovanje druge zemlje i proučiti mogućnosti da zaključe o tome poseban aranžman.

Član 3

Strane ugovornice, u cilju olakšanja učenja jezika druge Strane ugovornice, nastojaće da:

- 1) Lektoren an Universitäten und andere Hochschulen zu entsenden;
- 2) Publikationen und Material zum Sprachstudium auszutauschen;
- 3) die Teilnahme von Lehrkräften und Studenten an Sprachkursen der anderen Vertragspartei zu unterstützen.

Artikel 4

Um im eigenen Land zum besseren Verständnis der Kultur und der Wissenschaft des anderen Landes beizutragen, werden die Vertragsparteien gegenseitige Besuche und sonstige Kontakte anregen und sich hierbei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bemühen, einander im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe zu leisten, und zwar:

- 1) bei der Organisation des Austausches von Wissenschaftlern, Künstlern, Lehrkräften, Technikern, Forschern, Fachleuten und Studenten, denen ein Studium oder Praktikum im anderen Land ermöglicht werden soll;
- 2) bei der Zulassung von Studenten zu den Bildungseinrichtungen der anderen Vertragspartei im Rahmen der geltenden Bestimmungen;
- 3) bei der Übersetzung literarischer Werke des anderen Landes;
- 4) bei der Veranstaltung von Vorträgen, Konzerten und Theateraufführungen;
- 5) bei der Veranstaltung von Kunstausstellungen und anderen Ausstellungen auf kulturellem Gebiet;
- 6) bei der Organisation von Rundfunk- und Fernsehsendungen, beim Vertrieb von Schallplatten und dergleichen;
- 7) bei der Vorführung von wissenschaftlichen, Lehr- und Kulturfilmern;
- 8) bei der Verbreitung von Büchern, Zeitschriften und sonstigen Publikationen wissenschaftlichen, technischen, literarischen und künstlerischen Inhalts.

Artikel 5

Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Zusammenarbeit werden bei Bedarf besondere Vereinbarungen zwischen den zuständigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesrat für die Koordinierung der wissenschaftlichen Tätigkeit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien getroffen werden.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens unterstützen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden sich bemühen, den Austausch auf dem Gebiet des Sports und der Leibesübungen sowie den Austausch zwischen Jugendorganisationen beider Länder zu fördern.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien werden Regierungsdelegationen benennen, die in Verhandlungen Tätigkeitsprogramme für einen Zeitraum von jeweils zwei Jahren festlegen werden.

Diese Tätigkeitsprogramme haben keinen exklusiven Charakter; sie stehen zusätzlichen Initiativen nicht entgegen.

- 1) upućuju lektore na univerzitete i druge visoke škole,
- 2) vrše razmenu publikacija i materijala za studiranje jezika;
- 3) pomažu učesće nastavnog osoblja i studenata na kursovima jezika druge Strane ugovornice.

Član 4

Da bi doprinele svaka u svojoj zemlji boljem upoznavanju kulture i nauke druge zemlje, Strane ugovornice će podsticati razmene poseta i druge kontakte i u ostvarenju ovog, na bazi reciprociteta, trudiće se da pruže jedna drugoj pomoć u granicama svojih mogućnosti i to u:

- 1) organizovanju razmene naučnika, umetnika, nastavnog osoblja, tehničara, istraživača, stručnjaka i studenata kojima bude omogućeno da studiraju ili staziraju u drugoj zemlji;
- 2) omogućavanju, u okviru važećih propisa, pristupa studentima u prosvetne ustanove druge zemlje;
- 3) prevodjenju književnih dela druge zemlje;
- 4) organizovanju predavanja, koncerata i pozorišnih predstava;
- 5) organizovanju umetničkih izložbi i drugih izložbi iz oblasti kulture;
- 6) organizovanju radio i televizijskih emisija, distribucije gramofonskih ploča i sličnih sredstava;
- 7) prikazivanju naučnih, obrazovnih i kulturnih filmova;
- 8) širenju knjiga, časopisa i ostalih publikacija naučnog, tehničkog, literarnog i umetničkog sadržaja.

Član 5

U oblasti naučne saradnje biće, prema potrebi, zaključivani posebni aranžmani između nadležnih organa u Saveznoj Republici Nemačkoj i Saveznog saveta za koordinaciju naučnih delatnosti Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije.

Član 6

Strane ugovornice će pomagati saradnju na polju radija i televizije.

Član 7

Strane ugovornice će nastojati da unapredjuju razmenu u oblasti sporta i fizičke kulture, kao i razmenu između omladinskih organizacija dveju zemalja.

Član 8

(1) Strane ugovornice imenovaće vladine delegacije koje će u pregovorima utvrđivati programe delatnosti za period od po dve godine.

Programi delatnosti neće imati isključivi karakter i omogućavaće dodatne inicijative.

(2) Die Vertragsparteien werden spätestens zwei Monate vor dem Zusammentreten der Regierungsdelegationen ihre Programmentwürfe austauschen.

(3) Die im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme auftretenden finanziellen und organisatorischen Fragen werden ebenfalls Gegenstand dieser Verhandlungen sein. Die Regierungsdelegationen werden bemüht sein, die Lösung dieser Fragen im gegenseitigen Einvernehmen zu erleichtern.

Artikel 9

(1) Zur Erteilung von Anregungen und Empfehlungen und zur Beratung der Vertragsparteien wird ein aus sechs Mitgliedern bestehender Ständiger Gemischter Ausschuß gebildet, in den jede Vertragspartei drei Mitglieder entsendet.

(2) Der Ständige Gemischte Ausschuß tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal während der Laufzeit eines Tätigkeitsprogramms gemäß Artikel 8, abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zusammen.

Den Vorsitz führt der Leiter der Delegation des Gastlandes.

(3) Der Ständige Gemischte Ausschuß kann zu seinen Sitzungen Sachverständige als Berater hinzuziehen.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 12

Das Abkommen wird für die Zeit von fünf Jahren vom Tage seines Inkrafttretens an geschlossen.

Wenn keine der Vertragsparteien dieses Abkommen mindestens sechs Monate vor Ablauf der Frist von fünf Jahren schriftlich kündigt, verlängert sich seine Gültigkeit auf unbestimmte Zeit und bleibt in Kraft, bis eine der Vertragsparteien es mit einer Frist von sechs Monaten kündigt.

GESCHEHEN zu Bonn, am 28. Juli 1969 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Willy Brandt

Für die Regierung der
Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
Mirko Tepavac

(2) Strane ugovornice će razmeniti svoje nacрте programa najkasnije dva meseca pre sastanka vladinih delegacija.

(3) Finansijska i organizaciona pitanja vezana za izvršenje programa biće isto tako predmet ovih pregovora. Vladine delegacije će nastojati da u zajedničkom dogovoru olakšaju rešavanje ovih pitanja.

Član 9

(1) U cilju davanja sugestija i preporuka i radi savetovanja Strana ugovornica obrazovaće se Stalni mešoviti komitet od šest članova, u kome će svaka Strana ugovornica biti zastupljena sa po tri člana.

(2) Stalni mešoviti komitet sastaje se prema potrebi, a najmanje jedanput u toku trajanja važećeg programa shodno članu 8, i to naizmenično u Saveznoj Republici Nemačkoj i Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji.

Sastancima će predsedavati šef delegacije zemlje domaćina.

(3) Stalni mešoviti komitet može na svoje sastanke pozivati stručnjake u svojstvu savetnika.

Član 10

Ovaj Sporazum važi i za Land Berlin, ukoliko vlada Savezne Republike Nemačke u roku od tri meseca od dana stupanja na snagu ovog Sporazuma vladi Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije ne da suprotnu izjavu.

Član 11

Ovaj Sporazum stupa na snagu kada obe vlade budu obavestile jedna drugu da su ispunjeni unutrašnji uslovi za stupanje na snagu.

Član 12

Sporazum se zaključuje za vreme od pet godina od dana stupanja na snagu.

Ako nijedna od Strana ugovornica pismeno ne otkáže ovaj Sporazum najmanje šest meseci pre isteka roka od pet godina, njegova važnost produžava se na neodređeno vreme i ostaje na snazi dok ga jedna od Strana ugovornica ne otkáže u roku od šest meseci.

RADJENO u Bonu, dana 28. jula 1969 u četiri originala, dva na nemačkom jeziku, a dva na srpskohrvatskom jeziku, pri čemu je svaki tekst jednako obavezan.

Za Vladu Savezne Republike Nemačke
Willy Brandt

Za Vladu Socijalističke Federativne
Republike Jugoslavije
Mirko Tepavac

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Savezni Ministar
za Inostrane Poslove

Bonn, den 28. Juli 1969

Bon. 28. jula 1969

An den
Staatssekretär für
Auswärtige Angelegenheiten

Državnom sekretaru za
inostrane poslove

Herrn Mirko Tepavac

gospodinu Mirku Tepavcu

Herr Staatssekretär,

Gospodine Državni sekretare,

zu dem heute unterzeichneten Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien erlaube ich mir, Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Slobodan sam da Vam u vezi sa danas potpisanim Sporazumom o kulturnoj i naučnoj saradnji između Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije saopštim sledeće:

Seitens der Bundesrepublik Deutschland werden die Mitglieder des in Artikel 9 dieses Vertrages erwähnten Gemischten Ausschusses vom Bundesminister des Auswärtigen im Benehmen mit den beteiligten Bundesministern und den Kultusministern der Länder der Bundesrepublik Deutschland ernannt und der jugoslawischen Seite auf diplomatischem Weg mitgeteilt werden.

Sa strane Savezne Republike Nemačke Savezni ministar inostranih poslova će u dogovoru sa zainteresovanim saveznim ministrima i ministrima za kulturu pokrajina Savezne Republike Nemačke imenovati i jugoslovenskoj strani, diplomatskim putem, saopštiti članove Mešovitog komiteta navedenog u členu 9. ovog ugovora.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Primate, gospodine Državni sekretare, izraze mog osobitog poštovanja.

Brandt

Brandt

Der Staatssekretär für
Auswärtige Angelegenheiten

Državni Sekretar
za Inostrane Poslove

Bonn, den 28. Juli 1969

Bon. 28. jula 1969

An den
Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Willy Brandt

Saveznom ministru za
inostrane poslove
gospodinu Willy Brandtu

Herr Minister,

Gospodine Ministre,

ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 28. Juli 1969 zu bestätigen, dessen Text lautet:

Čast mi je da Vam potvrdim prijem Vašeg pisma od 28. jula 1969. godine čiji tekst glasi:

„Zu dem heute unterzeichneten Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien erlaube ich mir, Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

„Slobodan sam da Vam u vezi sa danas potpisanim Sporazumom o kulturnoj i naučnoj saradnji između Savezne Republike Nemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije saopštim sledeće:

Seitens der Bundesrepublik Deutschland werden die Mitglieder des in Artikel 9 dieses Vertrages erwähnten Gemischten Ausschusses vom Bundesminister des Auswärtigen im Benehmen mit den beteiligten Bundesministern und den Kultusministern der Länder der Bundesrepublik Deutschland ernannt und der jugoslawischen Seite auf diplomatischem Weg mitgeteilt werden.“

Sa strane Savezne Republike Nemačke Savezni ministar inostranih poslova će u dogovoru sa zainteresovanim saveznim ministrima i ministrima za kulturu pokrajina Savezne Republike Nemačke imenovati i jugoslovenskoj strani, diplomatskim putem, saopštiti članove Mešovitog komiteta navedenog u členu 9. ovog ugovora.“

Die vorstehende Mitteilung habe ich zur Kenntnis genommen.

Primio sam na znanje gore navedeno saopštenje.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Primate, gospodine Ministre, izraze mog osobitog poštovanja.

Tepavac

Tepavac

Hinweis

Der Jahrgang 1970 des Bundesgesetzblattes Teil II umfaßt die Nummern 1 bis 67 und endet mit der Seite 1380.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Auserfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement.

Im Teil III wird das als fortlaufend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,65 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Kola 3 99, oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe 0,65 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.